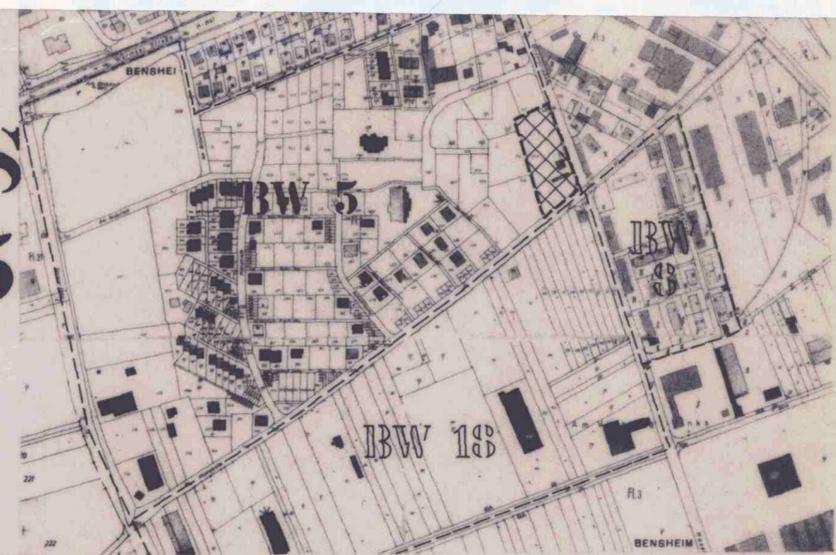




STADT BENSHEIM

6. ÄNDERUNG DES BEBAUUNGSPLANES BENSHEIM- WEST 5

(FLURSTÜCKE: GEMARKUNG
BENSHEIM FLUR 3 NR. 512
UND 513)



ÜBERSICHTSPLAN MST. 1:5000

Bebauungsplan bestehend aus: 1 Blatt Planteil im Maßstab 1:1000
(und 1 5000) Blatt Textteil vom _____

gemäß § 2a Abs. 6 BBauG vom 23. Juni 1960 BGBl. I S. 341
in der Fassung und Bekanntmachung vom 18. August 1976 BGBl. S. 2256.

PLANVERFAHREN

AUFSTELLUNG

Die Aufstellung des Bebauungsplanes wurde am 23. Juni 1981
gemäß § 2 Abs. 1 BBauG beschlossen.

DER MAGISTRAT
DER STADT BENSHEIM



Samm
Stadtbaurat

AUSLEGUNG

Der Entwurf des Bebauungsplanes mit Begründung hat
vom 30. Nov. 1981 bis zum 4. Jan. 1982 öffentlich ausgelegen. (§ 2a
Abs. 6 BBauG)

DER MAGISTRAT
DER STADT BENSHEIM



Samm
Stadtbaurat

BESCHLUSS

Nach Prüfung der fristgemäß eingegangenen Anregungen und
Bedenken wurde der Bebauungsplan am 25. Nov. 1981 als
Satzung gemäß § 10 BBauG beschlossen.

DER MAGISTRAT
DER STADT BENSHEIM



Samm
Stadtbaurat

GENEHMIGUNG

Der Bebauungsplan wird gemäß § 11 BBauG genehmigt.



Genehmigt!
mit Vlg. vom 1. Juni 1982
Az. V 3-61 d 04/01
Darmstadt, den 1. Juni 1982
Der Regierungspräsident
im Auftrage:

Der genehmigte Bebauungsplan tritt mit Wirksamwerden der Be-
kannmachung in Kraft und ist seit dem 16. Juni 1982 rechts-
verbindlich (§ 12 BBauG).

DER MAGISTRAT
DER STADT BENSHEIM



Samm
Stadtbaurat



ES WIRD BESCHEINIGT, DASS DIE GRENZEN UND DIE
BEZEICHNUNGEN DER FLURSTÜCKE MIT DEM NACHWEIS
DES LIEGENSCHAFTSKATASTERS ÜBEREINSTIMMEN.
HEPPENHEIM, DEN 30. Juli 1981

DER LANDRAT
DES KREISES BERGSTRASSE
KATASTERAMT
IM AUFTRAG

Hedler

LEGENDE

- GRENZE DES PLANGELTUNGS-
BEREICHES
- ÖFFENTLICHE VERKEHRS-
FLÄCHE
- PRIVATWEG
- GARAGE
- ÜBERBAUBARE GRUNDSTÜCKS-
FLÄCHE
- FIRSTRICHTUNG
- BAUGRENZE
- NICHT ÜBERBAUBARE
GRUNDSTÜCKSFLÄCHE
- ÄBGRENZUNG UNTERSCHIED-
LICHER NUTZUNG
- GÄRTNERISCH GENUTZTE
FLÄCHE
- ERHALTUNG, BÄUME,
STRÄUCHER
- PFLANZGEBOT, BÄUME,
STRÄUCHER

Festlegungen: Aufgrund § 9 Bundesbaugesetz (BBauG) in Verbindung mit § 3 (5) Hess. Landschafts-
pflegegesetz (HLPfG), der Verordnung zur Durchführung des Hess. Landschaftspflegegesetzes (DVO
zum HLPfG), der Planzeichenverordnung (PlanZVO) und der VO der Hess. Landesregierung über die
Aufnahme von auf Landesrecht beruhenden Regelungen in den Bebauungsplan werden festgesetzt:

1. Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Erhaltung der Landschaft § 9 (1) 20 BBauG
 - 1.1. Der Baum- und Strauchbewuchs ist gemäß § 9 (1) 25 a+b (Pflanz- und Erhaltungsgebote) zu
begründen und zu erhalten.
 - 1.2. An den gekennzeichneten Standorten sind großkronige Laubbäume anzupflanzen.

006-31-002-2975-004-W05-06

¹⁾ Bei den Häusern Nr. 1, 2, 3, 6 und 7 ist ein
Dachgeschoß- Ausbau nicht zulässig.

LFZ. NR.	ART DER NUTZUNG	BAUWEISE	STOCKWERKS- ZAHL MAX. ○ ZWINGEND	GRZ	GFZ	DACHFORM UND NEIGUNG
1	WA ALLGEMEINES WOHNGEBIET	HAUSGRUPPE	II	0,45	0,8 ¹⁾	SATTELDACH 30° - 35°
2	GÄRTNERISCH GENUTZTE FLÄCHE					

BEBAUUNGSPLAN BW 5 6. ÄND.			
Aufgestellt	14. 7. 1981	Geändert	Maßstab
Gezeichnet	14. 7. 1981	HM.	1:1000
Geprüft	14. 7. 1981	ho	
Leiter des Stadtbauamtes	10. 8. 1981	<i>Samm</i>	(1:5000)